

PRESSEMITTEILUNG

Steuersenkungen nachhaltig gegenfinanzieren

Nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums werden die Steuereinnahmen auf einen Rekordwert ansteigen. Pläne, durch die Mehreinnahmen die Kalte Progression abzubauen, müssen jedoch gegenfinanziert werden. Umweltsteuern bieten die Chance, die Maßnahme nicht nur sozial, sondern auch ökologisch positiv auszugestalten.

Wenn der Arbeitskreis Steuerschätzung an diesem Donnerstag die neue amtliche Steuerschätzung vorstellt, wird die Debatte um die Abschaffung der Kalten Progression neuen Auftrieb erhalten. Das Steuerplus für Bund, Länder und Gemeinden könnte bis 2018 auf gut 40 Milliarden Euro anwachsen - das berichten Medien unter Berufung auf die Schätzung des Bundesfinanzministeriums. **„Deutschland hat so viele Steuereinnahmen wie noch nie, nur leider die falschen“**, kommentiert Damian Ludewig, Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS). Während durch die kalte Progression die Belastung des Faktors Arbeit immer weiter ansteige, nähmen die Umweltsteuern immer weiter ab. **„Unser Steuersystem hat zwei Automatismen: die kalte Progression bei der Einkommensteuer und die Abwertung von Mengensteuern durch Inflation“**, so Ludewig. Beide führten dazu, dass Arbeit immer stärker, und Umweltverbrauch immer schwächer besteuert werde.

Dass die kalte Progression nun an die Inflationsrate angepasst werden sollte, sei daher richtig. Die Regierung müsse die sinnvolle Idee der Indexierung aber gleichzeitig auf Mengensteuern anwenden, um auch den zweiten Automatismus anzugehen. Dies passe nicht nur die Lenkungswirkung des Steuersystems auf die gesellschaftlichen Herausforderungen an, sondern erleichtere es auch, den Abbau der kalten Progression zu finanzieren.

„Wir müssen endlich besteuern, was wir vermeiden, nicht was wir fördern wollen“, fordert Ludewig. Nach Untersuchungen des FÖS finanziert sich der deutsche Staat zu zwei Dritteln über Steuern und Abgaben, die auf den Arbeitslohn erhoben werden. Der Anteil von Umweltsteuern sei dagegen seit Jahren rückläufig und werde nach Prognosen des FÖS in diesem Jahr auf 4,9 Prozent fallen.

Der Grund, dass Umweltsteuern seit Jahren rückläufig sind, liegt neben der gewünschten ökologischen Lenkungswirkung unter anderem an der Konzeption von Umweltsteuern. Der Verbrauch natürlicher Ressourcen ist mit Mengensteuern belegt, die durch die Inflation permanent abgewertet werden. Steuern auf Arbeit, Kapital sowie die Mehrwertsteuer wachsen hingegen mit der Inflation - bei Arbeit aufgrund der kalten Progression sogar überproportional.

Die veröffentlichten Zahlen des Arbeitskreises Steuerschätzung bilden die Grundlage für die Planung der öffentlichen Haushalte. Jeweils im Mai und November kommen dazu Vertreter der Bundesregierung, Länder, Bundesbank und Wirtschaftsforschungsinstitute zusammen.

Kontakt: Martin Ruck, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, 030-7623991-41

Weitere Informationen:

FÖS (2014): Zuordnung der Steuern und Abgaben auf die Faktoren Arbeit, Kapital und Umwelt:

www.foes.de/pdf/2014-01-Hintergrundpapier-Steuerstruktur.pdf